

## Niederschrift

### zur 15. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Integration und Gleichstellung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 29.04.2021	18:31 - 21:24 Uhr	Digitale Sitzung gemäß Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung (BbgKomNotV). Die Beteiligung der Öffentlichkeit findet gemäß § 9 (2) der BbgKomNotV im Festsaal des Alten Rathauses statt.

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Elke Wagner,

##### Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda, Monika Fiedler,

##### CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati, Jürgen Teichmann,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer,

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Enrico Biagini ab ca. 19.00 Uhr, Jürgen Gebauer,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Cornelia Behrmann,

##### Sachkundige EinwohnerInnen

Jürgen Hajduk, Bernd Saliter, Andrea Schokat, Roland Schulze,

##### Verwaltung

Bürgermeister Matthias Rudolph, Gleichstellungsbeauftragte Annegret Trilling, Integrationsbeauftragte Katja Hoffmann, Mitarbeiter der Stadtplanung Marco Witte zur organisatorischen Unterstützung im Festsaal des Alten Rathauses, Elke Stein für das Protokoll

##### Gäste

Dezernent Stadtentwicklung Christfried Tschepe, Vorstandsvorsitzender der GefAS Siegfried Unger, Mitglied des Kita- und Grundschulbeirates Thomas Rockstroh, vom Ortsbeirat Heideland Karl-Heinz Wittig und Jürgen Hajduk, Stadtverordneter Peter Apitz und Bernd Saliter, vier sonstiger Gäste

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende** eröffnet um 18.31 Uhr die 15. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Integration und Gleichstellung.

## **TOP 2      Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

## **TOP 3      Feststellung der Tagesordnung**

**Frau Bargenda** macht darauf aufmerksam, dass über den TOP 11, Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach § 18a BbgKVerf dokumentieren, 7/AN/376, bereits in der Stadtverordnetenversammlung befunden wurde. Aus diesem Grund entfällt dieser TOP.

**Herr Fischer** informiert, das die Satzung über Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, 7/DS/359, wegen geringem Verständigungsbedarf von der TO des Stadtentwicklungsausschusses am 27. April 2021 genommen wurde. Er schlägt vor, auch heute so zu verfahren. Die **Vorsitzende** möchte den TOP jedoch aufrufen.

Die Änderung der Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Ausschusses einvernehmlich angenommen. Es erfolgt keine förmliche Abstimmung dazu.

## **TOP 4      Niederschrift**

### **TOP 4.1    der 13.Sitzung vom 11. Februar 2021**

**Frau Wagner** informiert, dass die Niederschrift fertig gestellt ist und sie diese bereits zur Kenntnis genommen hat. Jedoch gab es ein technisches Problem mit der Übermittlung der Datei und somit konnte diese nicht rechtzeitig veröffentlicht werden. Die Niederschrift wird auf die TO der nächsten Sitzung am 27. Mai 2021 verschoben.

## **TOP 5      Informationen der Vorsitzenden**

Es wird über ein Protokoll der Steuerungsgruppe Soziale Stadt informiert, in dem es um den Bolzplatz an der Großen Freizeit in Fürstenwalde Nord geht. Aktuell dürfen in diesem Bereich keinerlei baulichen Veränderungen vor dem Jahr 2023 vorgenommen werden, da dies nicht fördermittelkonform wäre.

Auf Nachfrage von **Frau Behrmann** teilt **Frau Wagner** mit, dass dem Sachverhalt keinerlei Bezifferungen zu entnehmen sind und es sich nur um Recherchen des Fördermittelmanagements handelt. **Frau Behrmann** bittet um Aussagen zur Höhe der gesamten Fördersumme und zum finanziellen Ausmaß pro Jahr für die Stadt.

Der **Bürgermeister** hat die Thematik schon des Öfteren kommentiert und versichert, dass diese keinen Anlass zur Besorgnis gibt.

Daraufhin verweist die **Vorsitzende** an die Nutzer der Freizeitmöglichkeiten und das denen gegenüber Aufklärungsbedarf besteht, der verwaltungsseitig zu kommentieren wäre.

## **TOP 6      Einwohnerfragestunde**

**Herr Unger, Vorstand der Gesellschaft für Arbeit und Soziales e. V.**, aus dem Festsaal des Alten Rathauses und möchte eine Frage stellen.

Die GefAS ist seit über 30 Jahren mit verschiedenen Geschäftsstellen und sozialen Aktivitäten in Fürstenwalde vor Ort. Vor über einem Jahr musste die Liegenschaft in der Hegelstraße in

Fürstenwalde geschlossen werden. Der Verein zog in geeignete Räumlichkeiten in die Wriezener Straße um.

**Herr Unger** möchte wissen, ob bei den Stadtverordneten, den sachkundigen Einwohner\*innen und anderen Bürger\*innen Interesse besteht, sich über die soziale Projektarbeit der GefAS in Fürstenwalde zu informieren.

Die **Vorsitzende** nimmt das Angebot an. In einer der nächsten Sitzungen, abhängig von der pandemischen Entwicklung, wird dazu ein fester TOP anberaumt.

## **TOP 7      Anfragen der Beiräte**

### **Fragen des Kita- und Grundschulbeirates (KGB)**

#### **Herr Rockstroh**

##### Fragen zum Elternportal

- Augenscheinlich ist etwas an der Oberfläche des Elternportales passiert.
- Was genau hat sich inzwischen geändert?
- Ist eine digitale Präsentation dazu möglich?
- Welche weiteren Verbesserungen unter Einbeziehung des Elternbeirates sind geplant?

#### **Herr Rudolph**

Die Verwaltung ist ständig bemüht das Portal zu Gunsten der Nutzer deutlich zu verbessern und steht daher im engen Kontakt mit dem Softwareanbieter. Eine digitale Präsentation des Elternportals wird angestrebt, sowie auch die Einbeziehung des KGBes. Jedoch ist auf Grund der pandemischen Entwicklung die Notbetreuung der Kinder prioritär.

##### Fragen zur Corona-Pandemie

- Seit mehr als einem Jahr haben besonders Kinder darunter zu leiden.
- Hinweis: die Kindeswohlgefährdung/ häusliche Gewalt hat durch die Corona-Maßnahmen im letzten Jahr um 25% in Brandenburg zugenommen.
- Die aktuellen kurzfristigen Kita- und Schulschließungen stellen für Eltern eine sehr große Herausforderung dar. Die Fallzahlen sinken und die Testungen der Kinder verliefen ohne größere Zwischenfälle!?

#### **Herr Rudolph**

Die positiven Testungen haben in der letzten Zeit nicht wesentlich zugenommen. Es ist aber auch anzumerken, dass momentan noch keine Testpflicht an den Kitas besteht und somit gibt es zu dieser Personengruppe keine sachdienlichen Erkenntnisse. Testungen finden jedoch in den Schulen statt und schließen somit die Hortkinder mit ein.

Wenn dann ein positives Testergebnis vorliegt, ist unverzüglich zu reagieren und die Person, sowie deren Kontaktpersonen, wie z. B. Familienmitglieder, Mitschüler\*innen, Lehrer\*innen, Hortner\*innen in Quarantäne zu schicken.

- Inwiefern setzt sich hier die Stadt Fürstenwalde beim Landkreis für das Wohl der Kinder ein?
- Gibt es eine Rückmeldemöglichkeit für Schulträger an den Landkreis/Land/Bund bzgl. der aktuellen Situation und dessen Auswirkungen?
- Wird davon Gebrauch gemacht?

#### **Herr Rudolph**

Unabhängig von der Pandemie, ist Kindeswohlgefährdung ein gesetzlich eng umrissener Begriff, der mit Meldeverpflichtungen verbunden ist. Wenn ein Verdacht auf Kindeswohlgefährdung besteht, ist dieser unverzüglich dem Jugendamt des Landkreises zu melden.

Im Einzugsbereich der Stadt Fürstenwalde/Spree wurde auch in Zeiten der Pandemie keine höhere Anzahl an Gefährdungen festgestellt. Dies kann anhand der Notbetreuung, die im Rahmen der

aktuellen Eindämmungsverordnung erfolgen kann, gemessen werden. Anspruch auf Notbetreuung besteht für Kinder mit sozialem Unterstützungsbedarf. Diesen Bedarf wiederum, muss die Stadt als bescheidende Behörde an den Träger melden.

Auf die Frage hin, ob auch andere Stellen bekannt sind, die Kindeswohlgefährdung in ihrer Tätigkeit vermuten und melden können, verweist die **Integrationsbeauftragte** auf die bestehenden Beratungsstellen zur Erziehung bei der Caritas und der Diakonie, sowie auf die Eltern-Kind-Beratungen hin. Alle Mitarbeiter\*innen sind angehalten, bei Fällen von vermuteter Kindeswohlgefährdung zunächst eine erfahrene Fachkraft hinzuzuziehen und den Verdacht dem Jugendamt anzuzeigen.

- Wieviel Prozent der Kinder nutzen aktuell die Notbetreuung?

Aktuell kann dazu keine qualifizierte Aussage gemacht werden, auch auf die Nachfrage bezüglich der ersten Phase der Schulschließungen nicht. Der Bürgermeister nimmt die Frage zur Beantwortung auf.

- Wie wird weiter mit den Kita-Gebühren verfahren? Was müssen Eltern bei der aktuellen Schließung beachten?

Diesbezüglich verweist **Herr Rudolph** auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 04. März 2021, in dem es darum geht, dass auf die Elternbeiträge rückwirkend ab Januar 2021 bis zunächst zum 30. Juni 2021 verzichtet wird. Der Beschluss ist an die aktuellen Verordnungen gekoppelt. Ergänzend fügt er an, dass die Erstattungen automatisch durch die Verwaltung veranlasst werden.

- Sind die technischen Voraussetzungen inzwischen in allen Schulen gegeben um Online-Unterricht in der Schule anbieten zu können?

Die Anbindungen an das Internet ist in allen städtischen Grundschulen gegeben, jedoch nicht in allen Räumen. Den Grund, der auf technische Unwegsamkeiten basiert, erklärt der **Bürgermeister**. Die kommenden Ferien sollen dazu genutzt werden, um für alle Grundschulen gleiche technische Voraussetzungen hinsichtlich Anbindung an das Internet, zu schaffen.

## TOP 8 Thema Integration

### Integrationsbeauftragte Frau Hoffmann

In der letzten Sitzung des Fachausschusses hat sie über die Vielfalt der Angebote und Projekte der verschiedenen Träger berichtet. Heute möchte sie sich mit ihrer Präsentation speziell auf die Angebote der Migrations- und Sozialarbeit beziehen, dessen Finanzierungen europa-, bundes-, landesweit und auch auf kommunaler Ebene erfolgen. In der Stadt Fürstenwalde/Spree und für die Menschen der umliegenden Region stehen ca. fünfundzwanzig Angebote zur Verfügung. Diese richten sich nicht nur an Migranten\*innen, sondern auch an alle, die Beratungsbedarf haben.

**Frau Hoffmann** zählt einige Angebote auf:

- Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer
- Jugendmigrationsdienst
- Migrationssozialarbeit als Fachberatungsdienst
- Unterbringungsnahe Migrationssozialarbeit
- Unterbringungsnahe Migrationssozialarbeit in dezentraler Unterbringung
- Migrationssozialarbeit 2 in dezentraler Unterbringung
- Arbeitsmarktintegrationsprojekte
- Jugendmigrationsdienst online - digitalisierte aufsuchende Sozialarbeit im ländlichen Raum
- Projekt: "Vereint und nachhaltig"
- Mobile Jugendarbeit für Migranten\*innen
- Eltern – Kind – Arbeit
- Integration durch aktive Begegnung

➤ **Freiwilligenzentrum**

Die Präsentation zeigt auch alle Projekte auf, die im Rahmen des Integrationsbudgets 2020/2021 gefördert und finanziert werden.

Die Hälfte der Projektangebote sind auf Migranten\*innen mit Fluchterfahrungen ausgerichtet. Die andere Hälfte sind auf all die Menschen ausgerichtet, die Beratungsbedarf haben.

Die Migrations- und Sozialarbeit als Fachberatungsdienst, ist gemäß dem Landesaufnahmegesetz ein freiwilliges Angebot (Regelangebot). Die Mitarbeiter\*innen werden durch eine Aufnahmequote, die für den entsprechenden Landkreis gelten, berechnet. Die Stellenanteile betragen in diesem Jahr 2,83. Für das Einzugsgebiet Erkner, Schöneiche und Fürstenwalde sind aktuell 2,75 Mitarbeiter\*innen eingesetzt. Insgesamt hat das Land Brandenburg 54 Vollzeitstellen vorgesehen, die auf die Landkreise aufgeteilt sind. Die Mittel werden pauschal durch das Landesamt für Soziales und Versorgung ausgezahlt, d. h., pro Fachkraft inklusive 15 % Sachkosten. Insgesamt erhält der Landkreis 76.360 T€. Nicht verwendete Mittel müssen nicht an das Land zurückgeführt werden.

Die Zielgruppe sind Asylsuchende, Geduldete, Geflüchtete mit Aufenthaltstitel, sowie Spätaussiedler und Flüchtlinge, die unter einem besonderem Schutzprogramm stehen. Es gilt auch für Asylsuchende mit Aufenthaltsgestattung, abgelehnte Asylsuchende mit einer Duldung oder Grenzübertrittsbescheinigung für Personen mit anerkanntem Schutzstatus.

Die Aufgaben für diesen Personenkreis sind weiterführende Beratungen zu aufenthalts- und asylrechtliche Fragen, Identifizierung von besonders schutzbedürftigen Personen, Beratungen von Härtefallverfahren ect.. die vielfältigen Aufgaben fordern hohe Fachkompetenz.

Die Finanzierung erfolgt durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, im Erstattungsprinzip an die Landkreise. Momentan ist für diese Aufgaben der Caritas – Verband für den Träger des Erzbistums Berlin ausführend.

Derzeit verfügt die Stadt Fürstenwalde über 1 unterbringungsnahen Migrations- und Sozialarbeit, die Gemeinschaftsunterkunft, das Haus "Hoffnung" im Tränkeweg. Dieses Regelangebot wird insgesamt durch 3 Mitarbeiter\*innen betreut, dessen Kapazität auf insgesamt 360 Personen ausgerichtet ist. Aktuell ist die Belegungszahl jedoch rückläufig. Zur Zielgruppe gehören Asylsuchende, Geduldete, Geflüchtete mit Aufenthalt bis zum Ende des Jahres in dem sie den Aufenthaltstitel erhalten haben. Die Finanzierung erfolgt ebenfalls über das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, im Erstattungsprinzip. Der derzeitige Träger ist das Diakonische Werk Oderland Spree.

Ein weiteres Regelangebot in der Migrations- und Sozialarbeit ist die dezentrale Unterbringung, die nicht an Fristen gebunden ist. Eigens dafür hat der Landkreis Wohnungen angemietet und an die Bedarfsgemeinschaften weitervermietet. Die Mieter sind verpflichtet, weitere vielfältige Beratungsangebote wahrzunehmen. Dieses Angebot besteht für maximal 360 Personen und wird von insgesamt 4,5 Mitarbeiter\*innen begleitet. Der zuständige Träger hierfür ist die GefAS e. V. mit Sitz in der Wriezener Straße.

Ein zweites Angebot ist die unterbringende Migrations- und Sozialarbeit 2, die der dezentralen Unterbringung. Im Landesaufnahmegesetz wurde neu aufgenommen, dass auch Menschen nach Erteilung eines gültigen Aufenthaltstitels noch 3 Jahre in Folge die Möglichkeit haben, Beratungs- und Betreuungsangebote (Nachbetreuung) in Anspruch zu nehmen. Träger und Ansprechpartner für dieses Angebot ist auch die GefAS e. V..

## **Frau Fiedler**

### 1. Pädagogische Ausbildung

Die Universität in Potsdam hat ein Projekt für Menschen mit Migrationshintergrund gestartet, indem es um Ausbildungen von pädagogischem Personal geht.

Dies ist **Frau Hoffmann** bekannt. Für eine pädagogische Ausbildung ist ein berufsbezogener Sprachkurs, C 1, Voraussetzung. Angeboten wird diese Qualifizierung in Berlin. Entsprechende Informationen können über das Projekt "Arbeitsmarktintegration", aber auch vom Jobcenter und der Arbeitsagentur eingeholt werden.

Aktuell können jedoch auf Grund der pandemischen Lage viele Kurse nicht stattfinden.

**Frau Behrmann** ist bekannt, dass 2 Personen aus Fürstenwalde erfolgreich daran teilgenommen haben.

### 2. Gemeinschaftsunterkünfte "Fuchsbau" und Haus "Hoffnung"

Im Haus "Hoffnung" sind die Unterbringungszahlen rückläufig, so die **Integrationsbeauftragte**. Bekannt ist auch, dass die bisherige Leiterin des Hauses "Hoffnung" zum "Fuchsbau" gewechselt hat. Für das Haus "Hoffnung" soll bis zum Ende 2024 ein Vertrag vorliegen. Einzelheiten sind nicht bekannt.

Seit 2 Jahren hat der Landkreis die Trägerschaft für die Gemeinschaftsunterkunft "Fuchsbau" inne. Er beabsichtigt auch nicht, diese abzugeben.

### 3. Covid - Impfangebote

Der bestehende Ärztemangel stellt eine Herausforderung gerade für die Migranten\*innen dar. Die Arztpraxen nehmen keine neuen Patienten auf. Dennoch wird über die Beratungsdienste und über die Migrantenselbstorganisation aktuell informiert.

## **Frau Bargenda**

### Pandemiebedingte Situation in den Gemeinschaftsunterkünften

Die Impfmöglichkeiten für Migranten\*innen sind mit den der einheimischen Bevölkerung gleichzusetzen. Es gibt auch keine gesonderten Testmöglichkeiten.

**Frau Hoffmann** weiß zu berichten, dass in beiden Gemeinschaftsunterkünften je 1 positiv getesteter Fall zu verzeichnen war. Entsprechende Maßnahmen wurden umgehend veranlasst und so konnten weitere Gefahren schnell ausgeschlossen werden.

Abschließend informiert sie, dass die Trägerschaft der Unterbringungsmöglichkeit im Tränkeweg 10 zum Landkreis gewechselt hat.

## **Frau Behrmann**

### Informationen zur Coronapandemie

Die Flüchtlingsberatung in Potsdam hatte die Idee, den Migranten\*innen mehr Aufklärung zukommen zu lassen und pandemiebezogene Information in mehreren Sprachen zu übersetzen und an Haushalte ausländischer Bewohner zu verteilen.

## **TOP 9 Info zum Tag der Homophobie am 17. Mai**

### **Gleichstellungsbeauftragte Frau Trilling**

Der 17. Mai ist der Tag der Homophobie. Diesen Tag gibt es bereits seit 1990. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat damals beschlossen, dass Homosexualität nicht mehr als Krankheit zu sehen ist. Transsexualität wurde durch die WHO erst 2018 aus dem Diagnoseschlüssel gestrichen. Seit 2005 wird nun der 17. Mai als Aktionstag begangen.

Aus diesem Anlass schlägt der Dompfarrer Herr Jesse der Verwaltung vor, unter dem Motto "Liebe tut der Seele gut" die Regenbogenfahne zu hissen. Wer der Idee Folge leisten möchte, sollte sich am Montag, den 17. Mai 2021, um 18.00 Uhr am Lebensbrunnen auf dem Marktplatz einfinden.

Des Weiteren möchte die **Gleichstellungsbeauftragte** die Gelegenheit nutzen, die landesweite Ausschreibung zum Mentoringprogramm "Brandenburg, ich misch mich ein – mehr Frauen in der Politik" den Stadtverordneten zu übergeben. Mit diesem Programm sollen mehr junge Frauen motiviert werden, in die Kommunalpolitik zu gehen

## **TOP 10    Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 10.1   Klärung der Anfragen der GefAS aus der Stadtverordnetenversammlung vom 15. April 2021**

Unter diesem TOP geht es um eine Frage, die der **Vorstand der Gesellschaft für Arbeit und Soziales e. V., Herr Unger**, in der Einwohnerfragestunde der letzten Stadtverordnetenversammlung am 15. April 2021 gestellt hatte. In Vorbereitung auf diesen TOP wurde der Auszug aus der Niederschrift und das entsprechende Tonprotokoll beigelegt.

Die **Vorsitzende** erteilt nun **Herrn Unger** das Wort, der erneut nachfragt, ob die Integrationsbeauftragte (IntB) die Stadtverordneten (Stv) über ihre Fehlinformation zur Tätigkeit der GefAS in Kenntnis gesetzt hat und ob eine offizielle Entschuldigung zu erwarten ist.

Sollten die Teilnehmer der Onlinesitzung Interesse haben, würde **Herr Unger** gern das Verfahren der unterbringungsnahen Migrations- und Sozialarbeit in der dezentralen Unterbringung erläutern. Der Verein hat in einem aufwendigen Vergabeverfahren den Zuschlag für dieses Projekt erhalten.

Lobend äußert er sich über die heutige Präsentation der IntB und gleichzeitig aber auch verärgert darüber, dass die Projektangebote der GefAS nicht erwähnt wurden. Seit Anfang des Jahres hat er vergebens auf verschiedene Art und Weise versucht, mit Frau Hoffmann in Kontakt zu treten. Ein verabreiteter Termin, kam auch nicht zustande, so **Herr Unger**.

Erneut wünscht sich **Herr Unger** eine entsprechende Stellungnahme zur Ausgangsfrage, worauf **Frau Hoffmann** erklärt, dass sie die Kritik bezüglich ihrer Darlegungen im letzten Fachausschuss zur Kenntnis nimmt, jedoch diese zurückweist.

Als IntB der Stadt Fürstenwalde/Spree ist es ihre Aufgabe, die Interessen der Menschen mit Migrationserfahrungen und –geschichte zu vertreten und sich für deren Integration einzusetzen. **Frau Hoffmann** widerlegt die gemachten Argumentationen des Herrn Unger zum einen hinsichtlich der Begrifflichkeit “Datenklau”, die er selbst erstmals am 15. April 2021 in der Stadtverordnetenversammlung (SvV) vorgebracht hat und zum anderen hat sie die besagte Powerpoint – Präsentation nie erhalten.

Auf das Schärfste weist sie zurück, jemals wissentlich und absichtlich falsche Informationen an die Stv abgegeben zu haben. Sie zitierte in der Sitzung am 18. März 2021 lediglich zwei Sätze aus dem Brief der GefAS und berichtete, dass dies bei den Empfängern\*innen Irritationen ausgelöst hat. Somit stand die Frage im Raum, woher der Verein die Adressen bezogen hat. Alle weiteren Einschätzungen und Überlegungen wurden von den Stv aus den verschiedenen Fraktionen getroffen. Dies entspricht den demokratischen Grundprinzipien des Landes und ist somit legitim.

Seit Oktober letzten Jahres gibt es die neuen Angebote der GefAS. Auf Nachfrage des Landkreises, der darüber verwundert war, dass sich die Stadt und andere Träger dazu noch nicht vernetzt haben, kam der besagte Termin eigentlich zustande. Dieser wurde jedoch coronabedingt seitens Frau Hoffmann einen Tag vorher abgesagt werden.

Die Migrationssozialarbeit wird nicht durch die GefAS allein durchgeführt. Von insgesamt 25 Angeboten in der Stadt, werden von ihr:

1. die unterbringungsnahe Migrationssozialarbeit in dezentraler Unterbringung,
2. die unterbringungsnahe Migrationssozialarbeit 2 in dezentraler Unterbringung und
3. das Projekt “vereint und nachhaltig” durchgeführt.

Für das Versäumnis, weitere Projekte der GefAS im Bereich der Integration in der Stadt aufzuführen, entschuldigt sich die IntB.

Es gibt eine Vielzahl von wichtigen Angeboten in Fürstenwalde. Die Hälfte richtet sich an Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrungen und die andere Hälfte an alle Bürger\*innen der Stadt mit entsprechendem Beratungsbedarf. Letzteres ist besonders wichtig für den Integrationsprozess.

### **Frau Bargenda**

Sie ist der Meinung, wenn man auch nicht oft die gleiche Sicht auf die Dinge hat, sollte ein gutes Miteinander mit allen Trägern gehegt werden, denn das macht einen demokratischen Prozess aus, fügt die **IntB** an.

### **Herr Biagini**

Auf Nachfrage teilt **Frau Hoffmann** mit, dass es vor der Fachausschusssitzung im März keinen mündlichen Kontakt zu Herr Unger gab. Geplant war, den Sachverhalt als TOP auf die heutige TO zu setzen, um den Beteiligten die Möglichkeit zu geben, ihren Standpunkt darzustellen. Herr Unger hatte sich jedoch entschieden, dies bereits in der letzten SvV zu tun.

### **Frau Behrmann**

Sie ist verwundert über die Agressivität, mit der der Vereinsvorstand heute agiert und bittet darum, wenn sie schon zitiert wird, sollte dies auch richtig erfolgen. Die Abgeordnete möchte im eigentlichen Sinne immer noch wissen, um welche Falschaussagen es sich handelt und wofür sich die IntB entschuldigen soll.

Vordergründig ist doch fraglich, woher die GefAS die Datensätze der Migrant\*innen hat, denen die Briefe zugesandt wurden. Sie ist der Meinung, dass es sich hier um Datenmissbrauch handelt, der Datenschutzbeauftragte des Landes sollte diesbezüglich eingeschaltet werden.

Daraufhin meint **Herr Unger**, dass sich Frau Behrmann gerade widersprochen und in den Raum gestellt hat, welche verbrecherische Tat passiert ist. Wenn ein Verein dieser Dinge beschuldigt werde und am Folgetag eine Flut von Anfragen aus der Öffentlichkeit eingeht, dann ist dies doch mehr, wie eine "Verunglimpfung"!

Wie bereits geschildert, ist die unterbringungsnahe Migrationssozialarbeit in der dezentralen Unterbringung für die Migrant\*innen verpflichtend und um mit ihnen arbeiten zu können, ist die Datenerhebung auf Grundlage des § 12 Abs. 2 des Landesaufnahmegesetzes Brandenburg und der dazugehörigen Durchführungsverordnung erforderlich.

Abschließend des umfangreichen Statements des **Vereinsvorstandes** versichert er, dass die GefAS mit all ihren Mitarbeitern an die Kooperation mit anderen Trägern, an die Mitarbeit in verschiedenen Gremien und ihre Arbeit auf das Gemeinwohl aller interessiert ist! Auch, dass mit dem Verein selbst alles in Ordnung sei, nur dessen Arbeit falsch interpretiert und dargestellt worden ist!

Die **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass es heute nicht um gegenseitige Vorwürfe geht, sondern um eigentliche Klärung des Sachverhaltes! Dass es sich um eine Falschaussage handelt, sieht auch sie nicht. Kernaussagen waren der an die Migrant\*innen gerichtete Brief, der zu Irritationen geführt hat. Keiner der StV, weder in der SvV noch im Fachausschuss hat die Arbeit der GefAS unterstellt. Sie bitte um Konstruktivität!

Nachdem **Frau Behrmann** nochmal die gesamte Situation kurz zusammengefasst hat, meint **Herr Schulze**, dass die Debatte heute ausreichend war. Das Anliegen des Fachausschusses in der Sitzung am 18. März 2021 war das gemeinsame Vorgehen aller Vereine und Verbände der Stadt und deren Umsetzung. Er verweist dazu auf das entsprechende Tonprotokoll.

**Frau Hoffmann** stellt nochmal klar, dass zu keiner Zeit in Rede stand, dass es Absicht der GefAS war, Irritationen bei dem besagten Klientel auszulösen und dass Daten erschlichen worden sind! Es ist jetzt bekannt, dass der Landkreis dem Verein für ihre Migrationssozialarbeit 700 Adressdaten zur Verfügung gestellt hat. Wie es dem Tonprotokoll vom 18. März zu entnehmen ist, hat sie wesentlich keine Falschaussagen getätigt. Wenn sie einen Fehler gemacht hätte, würde sie sich auch entschuldigen. Da es aber nicht der Fall ist, bittet sie Herrn Unger herzlich, all die Unterstellungen zu unterlassen.



Abschließend wendet sich der **Bürgermeister**, dessen Aufgabe auch darin besteht, sich vor seine Mitarbeiter\*innen zu stellen, sich verständnisvoll an Herrn Unger. Er weist jegliche, scheinbar vorsätzliche Schadensaussagen gegenüber der GefAS durch Frau Hoffmann zurück und hofft wieder auf eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Verein und der Verwaltung.  
Der **Vereinsvorstand** nimmt die Abschlussworte des Stadtoberhaupts wohlwollend an.

## **TOP 10.2 Aktueller Stand zur 750 Jahrfeier der Stadt Fürstenwalde/Spree**

### **Bürgermeister**

Am 29. September 2020 und am 12. März 2021 hat die AG "Stadtfest" getagt. Im letzten Fachausschuss hatte Herr Kaul anhand einer Powerpoint-Präsentation umfänglich Bericht zum Stand der Planungen zur 750 Jahrfeier erstattet. Aktuell wurden weiter Ideen und Konzepte gesammelt und beraten. Sieben Vorschläge sind eingegangen.

Hinzu kommen die Jubiläumsveranstaltungen anlässlich 30 Jahre Kulturfabrik gGmbH und 60 Jahre Musikschule. Die Prozesse laufen.

In der Sitzung am 12. März 2021 wurde sich auf Folgendes verständigt:

1. Durchführung des jährlich – üblichen Stadtfestes
2. anlässlich des Jubiläumsjahres:
  - historischer Festumzug
  - Mittelaltermarkt auf dem Marktplatz
  - Festakt mit der feierlichen Übergabe der Stadtchronik

Die Planung, Organisation und Durchführung der beiden Festveranstaltungen erfolgt durch die Verwaltung, entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion.

Es wurde aufgerufen, Vorschläge zu Festen, Veranstaltungen und kleineren Projekten zum Thema "Viefalt - um 750 Jahre Fürstenwalde" einzureichen und zu planen. Alle Aktivitäten werden mit den Veranstaltern abgestimmt und in einem Veranstaltungskalender eingearbeitet.

Alle Informationen dazu werden mit entsprechenden Beschlussvorschlägen für die Stadtverordnetenversammlung am 24. August 2021 vorbereitet.

## **TOP 10.3 Antrag der SPD-Fraktion: 750-Jahrfeier Fürstenwalde/Spree planen 7/AN/391**

Die SPD-Fraktion hat stellvertretend für die AG "Stadtfest", die notwendigen Schritte für das städtische Jubiläum im nächsten Jahr in dem vorliegenden Antrag formuliert, um die Zeitschiene durch einen entsprechenden Beschluss festzulegen, so **Frau Wagner**. Daraufhin hinterfragt **Herr Gebauer** den Sinn und Zweck des Antrages, worauf **Frau Wagner** erklärt, dass dieser als konkreter Arbeitsauftrag für die entsprechenden Bereiche der Verwaltung zu deuten ist. **Herr Schulze** weist darauf hin, dass wir uns bereits schon im April befinden und nicht mehr viel Zeit für die Vorbereitungen der Events, die über das ganze nächste Jahr verteilt stattfinden sollen, bleibt. Daher soll mittels eines Beschlusses die Zeitschiene und die Partner gebunden werden. **Frau Bargenda** agiert selbst in der AG und bestärkt den vorliegenden Antrag. Sie schlägt vor, die 750-Jahrfeier der Stadt Fürstenwalde/Spree als festen TOP auf die TO der Sitzung des Fachausschusses zu etablieren, um Informationen aus der Verwaltung zum aktuellen Planungsstand zu erhalten.

Abschließend gibt **Herr Fischer** zu Bedenken, dass es coronabedingt ein "Plan B" geben sollte.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss empfiehlt, die Stadtverordneten-Versammlung möge Folgendes beschließen:

- 1) Bestätigung der o.g. Leitlinien für die Gestaltung des Jubiläumsjahres
- 2) Die Federführung für die Organisation des „Geburtstagsfestes“ sowie die Abstimmung/Koordination der Vorhaben und Termine der Partner für das Jahresprogramm liegt in den Händen der Stadtverwaltung
- 3) Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zum 26.08.2021 der Stadtverordnetenversammlung zur Bestätigung vorzulegen:

- a. Maßnahmenplan (alle „Meilensteine“ der Maßnahmen der Verwaltung zur Realisierung des Jubiläumsjahres)
- b. Finanzierungsplan (alle Aktivitäten, die in Umsetzung der Maßnahmen von der Stadt gefördert werden)

**Zustimmung Ja 8 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0**

**TOP 10.4 Antrag des Ortsbeirates Heideland zur Errichtung einer 7/AN/370 Informationstafel über die Geschichte des Heidelandes**

Mit diesem Antrag möchte sich der Ortsteil Heideland touristisch und informativ mit entsprechenden Tafeln aufwerten, so **Herr Hayduk**. Inhalte werden in Zusammenarbeit mit dem Ortschronisten, dem Stadtmuseum und der Verwaltung erarbeitet. Vertreter \*innen des Fachausschusses sind auch gern willkommen.

In der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und des Finanzausschusses wurde der Antrag der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen.

Auf Nachfrage der **Vorsitzenden** zur vorliegenden Beratungsdrucksache, teilt **Herr Hayduk** mit, dass es sich um zwei Informationstafeln für den Ortsteil handelt.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, zwei Informationstafeln (3teilig, analog Marktplatz) entsprechend dem Stadtmöblierungskonzept der Stadt Fürstenwalde/Spree anzufertigen und im Heideland aufstellen zu lassen.

Eine Tafel soll die Geschichte des Ortsteiles Heideland beinhalten. Dazu wird die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Museum und dem „Ortschronisten“ des OT Heideland einen Entwurf gestalten.

Standort: neben den Glascontainern/Briefkasten im Ampferweg/Ecke Heidenelkenweg.

Die zweite Tafel soll über den Sport der Stadt Fürstenwalde/Spree (auch FS Union) und die Geschichte des Friesenstadions, die Geschichte des Stadtforstes und der Webenhäuser berichten.

Standort: im Bereich der Haltestelle (Heidelandseite) an der Querungshilfe.

Das Konzept wird 2021 erstellt und 2022 sollen die Schilder aufgestellt werden.

Der Bürgermeister nimmt die zu erwartenden Kosten in den Haushalt 2022 auf.

Karl-Heinz Wittig  
Vorsitzender OB Heideland

**Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 11 Antrag der Fraktion DIE LINKE. Beteiligung von Kindern und 7/AN/376 Jugendlichen nach § 18a BbgKVerf dokumentieren**

entfällt

**nicht abgegebene Stimme**

**TOP 11.1 Verfahren zur Benennung von Straßen, Plätzen, Wegen und Brücken in 7/DS/338 Fürstenwalde/Spree**

Der vorliegende Beratungsgegenstand wurde bereits im Stadtentwicklungsausschuss hinreichend diskutiert, so **Herr Rudolph**. Ziel ist es, die Stadtverordnetenversammlung anzuhalten, einen

generellen Verfahrensvorschlag zur Benennung oder auch Umbenennung von Straßen, Plätzen, Wegen und Brücken in der Stadt, für die Verwaltung zu erwirken.

Es geht um folgende *Verfahrensvorschläge*:

1. *Gremienbeteiligung*
2. *Öffentlichkeitsbeteiligung*
3. *Betroffenenbeteiligung*

Der zuständige Protokollant **Herr Witte** erhält das Rederecht. Er berichtet, dass der Stadtentwicklungsausschuss mehrheitlich für die Variante 3, für die Betroffenenbeteiligung, gestimmt hat.

Zur Nachfrage von **Frau Fiedler** teilt der **Bürgermeister** mit, dass der Beschluss zum Antrag der Fraktion Die Linke bezüglich der Benennungen mit Frauennamen, weiterhin Bestand hat und dem folglich Rechnung getragen wird.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass bei der künftigen Benennung von öffentlichen Straßen, Plätzen, Wegen und Brücken das im Sachverhalt beschriebene Verfahren Nr.\_\_\_\_ angewendet wird. Für die Verfahrensweise ist eine Richtlinie für Straßennamen und Hausnummern zu erstellen.

### **Zustimmung**

### **TOP 11.2 Satzung über Aufwandsentschädigung für Mitglieder der 7/DS/359 Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree, der Ortsbeiräte, der sonstigen Beiräte, der Wahlhelfer sowie für Vertreter der Stadt in rechtl. selbst. Unternehmen und sachk. Einw.**

Die Thematik wurde bereits hinreichend diskutiert. Die Änderungsanträge der Fraktionen BFZ und Bündnis 90/Die Grünen wurden mit großer Mehrheit abgelehnt, informiert Herrn Sachse mit heutigem Datum per E-Mail mit.

#### **Herr Teichmann**

Im gestrigen Finanzausschuss wurde über die Satzung mit Änderungen entschieden:  
*Zustimmung mit Änderung 8 JA 2 NEIN und 1 Enthaltung.*

Die Änderungen sollen zum 01. Juli 2021 in Kraft treten. beziehen sich zum einen auf die *Vergütung* des Vorsitzenden des Hauptausschusses, die doppelt so hoch wie die eines normalen Ausschussvorsitzenden seien soll. Darüber hinaus wurde die *Kinderbetreuung* in die Satzung aufgenommen. Ein Geldbetrag wurde jedoch nicht festgelegt. Der Stundensatz richtet sich an den aktuell geltenden Mindestlohn.

Der Stadtverordnete empfiehlt dem Ausschuss sich dem Votum des Finanzausschusses zu orientieren.

#### **Frau Behrmann**

Problematisch sieht sie die Mehrbelastung für den städtischen Haushalt mitten im Haushaltsjahr. Sie schlägt vor, die Erhöhung der Aufwandsentschädigung erst zum 01. Januar 2022 in Kraft treten zu lassen.

#### **Frau Fiedler**

Sie erinnert daran, dass heute auch noch eine Änderung von Herrn Saliter eingereicht wurde, in der es um die Zahlung der Sitzungsgelder geht. Bisher erfolgt diese zum Ende des Quartals. Nun wird angeregt, die Zahlung monatlich zu veranlassen. **Herr Fischer und Herr Teichmann** sehen ein Mehraufwand für die Verwaltung. **Herr Rudolph** wird dies verwaltungsintern prüfen

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte Satzung über Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree, der Ortsbeiräte, der sonstigen Beiräte, der Wahlhelfer sowie für Vertreter der Stadt in rechtlich selbständigen Unternehmen und sachkundige Einwohner.

**Zustimmung Ja 6 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0**

## **TOP 12 Informationen der Verwaltung**

### **Bürgermeister Herr Rudolph**

*Öffnung der Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft*

Am kommenden Montag, den 03. Mai 2021, ist der Schulbetrieb bis auf Weiteres wieder gewährleistet, wenn die Siebentagesinzidenz den Wert von 165 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner\*innen nicht überschreitet. Aktuell liegt die Inzidenz bei 115,2.

Eine entsprechende "Öffentliche Bekanntmachung" ist der Webseite des Landkreises Oder-Spree zu entnehmen.

## **TOP 13 Behandlung von Anfragen der Stadtverordneten**

### **Frau Behrmann**

Im gestrigen Finanzausschuss wurde darüber informiert, dass Mitarbeitende im Erzieher\*innenbereich über einen Personaldienstleister eingestellt wurden. Dies ist mit nicht unerheblichen Kosten verbunden. Die **Stadtverordnete** möchte zum einen wissen, ob die Einstellung von Springern durch die Stadt nicht finanziell günstiger wäre und zum anderen, ob die Entgeltzahlungen tarifvergleichbar erfolgen.

Die Stadt verfügt im Kitabereich über einen Springerpool, der jedoch ausgereizt ist und auch keine wesentlichen Ersparnisse zum Instrument der Arbeitnehmerunterlassung darstellt, so **Herr Rudolph**. Gerade in diesem Bereich wird das Personalleasing schon seit vielen Jahren praktiziert. Die gesetzlichen Regularien für die Entlohnungen (Mindestlohn) werden eingehalten und sind mit denen der Festangestellten\*innen vergleichbar. Die Erfahrungen haben auch gezeigt, dass aus dem Personalleasing Erzieher\*innen dauerhaft für die städtischen Einrichtungen gewonnen werden konnten.

### **Herr Schulze**

*Ausstellung: 24. Ermutigung*

Durch die finanzielle Unterstützung der Stadt, konnte am 21. April 2021 die Ausstellung in der Erich-Kästner-Schule, Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt, eröffnet werden. Coronabedingt wurde in der ersten Woche ein Film gezeigt, der auf YouTube anzuschauen ist (Stichworte Ermutigung – Format gGmbH oder direkt über die Webseite der Format gGmbH). Zum Festjahr der Stadt Fürstenwalde, begeht auch die Ausstellung ihr 25. Jubiläum. Es ist beabsichtigt, dies mit einem neuen Film, in Verbindung mit der Stadt, besonders gewürdigt zu werden.

Der Bürgermeister lobt die Veranstaltung und begrüßt alle Beteiligten.

### **Frau Bargenda**

#### *1. Stellenbesetzung der Kinder- und Jugendbeauftragte*

Auf Anfrage teilt **Herr Rudolph** mit, dass die Stelle noch nicht ausgeschrieben worden ist. Er geht jedoch davon aus, einen entsprechenden Vorschlag in der Stadtverordnetenversammlung im Juni unterbreiten zu können. Er bittet aus personalrechtlichen und –politischen Gründen um Verständnis, keine weiteren Aussagen tätigen zu können.

#### *2. Coronatestmöglichkeiten*

**Frau Bargenda** möchte wissen, inwieweit die Stadt dazu beiträgt, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, worauf der Bürgermeister zusichert, weitere Möglichkeiten zu schaffen. Aktuell wird eine Möglichkeit in Fürstenwalde Nord von einem privaten Betreiber geprüft und zwei weitere Überlegungen durch Dritte sind im Gespräch.

### **Frau Fiedler**

#### *1. "Gute Kitagesetz"*

Dies bezieht sich auf die Mehrbetreuung und wurde seitens des Landes verlängert. Antragsberechtigt sind die Kreise und die kreisfreien Städte. Welche Auswirkungen hat das für die städtischen Einrichtungen?

#### 2. *Trebuser Straße 60*

Der aktuelle Sachstand wird erfragt.

#### 3. *Kinder- und Jugendliche der Stadt*

Die Coronapandemie stellt gerade auch für diesen Personenkreis eine große Herausforderung dar. **Frau Fiedler** schlägt vor, in einer der nächsten Sitzungen des Fachausschusses die Stadtjugendpflege, Vertreter der Jugendclubs und der mobilen Jugendarbeit einzuladen und die aktuelle Situation zu erfragen. Die **Vorsitzende** stimmt dem zu.

#### 4. *Südclub*

Gibt es neue Erkenntnisse bezüglich Ausschreibung der Trägerschaft?

Wie schon vom **Bürgermeister** angekündigt, werden die gestellten Fragen aufgenommen und im Nachhinein seitens der Verwaltung beantwortet.

#### **Frau Wagner**

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung gibt es außer der Niederschrift keine TOPe. Auf Anfrage der **Vorsitzenden**, hat der **Bürgermeister** keine Informationen der Verwaltung und die **Stadtverordneten** keine Anfragen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung. Die Feststellung der Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 11. Februar 2021 wird, wie auch die des öffentlichen Teils vom 11. Februar 2021, auf die TO der nächsten Sitzung verschoben. Der nicht öffentliche Teil der heutigen Sitzung entfällt somit.

#### **TOP 14 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Die **Vorsitzende** dankt für die konstruktive Zusammenarbeit und beendet um 21.24 Uhr die 15. Sitzung des Fachausschusses.

Die Niederschrift umfasst 13 Seiten. Es sind 12 Audits im System eingestellt.

Elke Wagner

Elke Stein

Vorsitzende

Schriftführerin